

MCH/au

Bern, den 10. Juni 1975

p. a. 124. 31.

p. B. 15. 21. Ro.

p. B. 35. 51. Ro. 20.

Ba 11. Juni 75 12.

A k t e n n o t i z

Bundespräsident Graber empfing heute morgen den Präsidenten der Grossen Nationalversammlung Rumäniens, Nicolae Giosan zu einem Höflichkeitsbesuch.

Der Besucher begann die Unterredung mit der Feststellung, dass die bilateralen Beziehungen ausgezeichnet seien und zwischen den beiden Ländern keine schwierigen Probleme bestünden. Bundespräsident Graber pflichtete dem bei, bemerkte aber, dass auf die bilateralen Beziehungen ein Schatten geworfen werde durch eine Anzahl von unerledigten Fällen auf dem humanitären Gebiet (Familienzusammenführungen, Heirat). Die schweizerische Öffentlichkeit reagiere sehr stark auf derartige Probleme, und es würde daher den Beziehungen mit Rumänien förderlich sein, wenn eine rasche Erledigung dieser Fälle eintrete. Es sei im Übrigen für die Schweiz schwer verständlich, dass gerade Rumänien auf diesem Gebiet im Rahmen der Sicherheitskonferenz eine so negative Haltung einnehme. Abgesehen davon stimmte Bundespräsident Graber seinem Besucher zu, dass die Zusammenarbeit zwischen den beiden Delegationen in Genf sehr gut sei.

Präsident Giosan reagierte kaum auf diese Bemerkungen, dagegen antwortete der ihn begleitende rumänische Botschafter. Er machte geltend, dass das Problem zum Teil in dem etwas komplizierten rumänischen System liege, das oft starke Verzögerungen in der Behandlung dieser Fälle mit sich bringe. Damit schien er anzudeuten, dass die hängigen Fälle doch noch einer positiven Lösung zugeführt werden könnten.

Im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen und Handelsbeziehungen, die er als ausgezeichnet bezeichnete, kam Präsident Giosan auch auf das rumänische Begehren zur Einräumung von Zoll-

./.



- 2 -

präferenzen zu sprechen. Es war wiederum der Botschafter, der den Hauptteil der Besprechung über diesen Punkt führte. Er machte geltend, dass Bundesrat Chevallaz ihm erklärt habe, vom Standpunkt seines Departements aus sehe er keine Hindernisse für einen solchen Schritt. Bundespräsident Graber bemerkte dazu, dass die Kompetenz beim Volkswirtschaftsdepartement liege und er sich daher über dieses Problem nicht aussprechen könne.

Der Besucher unterstrich noch die Nützlichkeit der parlamentarischen Kontakte zwischen den beiden Ländern. Ueber die Besuchsdiplomatie zwischen Regierungen wurde dagegen nicht gesprochen.

Andere Gesprächsgegenstände wurden nicht berührt.

POLITISCHE DIREKTION

Ch. Müller

Ba 11. Juni 75 12.

Kopie geht an:

- die Schweizerische Botschaft in Bukarest
- die Schweizerische Delegation bei der KSZE in Genf
- Herrn Botschafter R. Probst, Delegierter für Handelsverträge, Handelsabteilung
- Herrn A. Hugentobler
- Herrn R. Heinis